

Antrag A-02: Forderung nach Aufarbeitung der Zwangsarbeiterproblematik in den "Grambker Lagern" durch den Bremer Senat

Antragsteller/in:	Dieter Winge (KV Nord-West · Nr. 705)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

- 1 Hiermit fordert der Parteitag die Bürgerschaftsfraktion der Partei auf, sich in
2 Senat und Bürgerschaft dafür einzusetzen, dass
3
4 1. der Bremer Senat als Beschäftigungsträger von mindestens 600 sowjetischen
5 Zwangsarbeitern eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der
6 Zwangsarbeiterproblematik in der „Grambker Schleife“ in Auftrag gibt,
7 2. der Senat sich in Wahrnehmung seiner historischen Verantwortung offiziell bei
8 den Opfern sowie Angehörigen und Nachkommen der umgekommenen Zwangsarbeiter
9 Dies schließt die sogenannte „unvollständige Exhumierung“ im Zuge der
10 Umbettungen auf den Osterholzer Friedhof von 1948 ein, die keine geordnete
11 Umbettung gewesen ist, sondern bei der Leichname auseinandergerissen wurden
12 und tausende von Knochenfragmenten im Erdboden verblieben.

Begründung

Im September 1941 forderte der Bremer Bausenator Dr. Fischer in Ermangelung deutscher Arbeitskräfte, die an der Ostfront in Russland verschlissen wurden, 600 sowjetische Zwangsarbeiter an. Diese werden im Bunker und Straßenbau eingesetzt. Von diesen 600 Zwangsarbeitern versterben bis zum Frühjahr 1942 insgesamt mindestens 371 an einem völlig desolaten Ernährungs- und Gesundheitszustand sowie an den Folgen einer Fleckfieberepidemie. Weil diese Verstorbenen gemäß der perfiden Rassenideologie der Nationalsozialisten nicht auf deutschen Friedhöfen bestattet werden durften, wird die Anlage eines eigenen Friedhofs, dem sog. „Russenfriedhof“ erforderlich.

Die Umbettungen von 1948 auf den Osterholzer Friedhof waren eher ein Massaker, bei dem 20.000 Knochenfragmente sowie 66 vollständige Skelette in der Erde verblieben sind, die man schlicht vergessen hat! Vollständige Skelette wurden auseinandergerissen, ein Teil wurde nach Osterholz verbracht, ein Rest verblieb in Oslebshausen. Für die Angehörigen muss dies eine unerträgliche Vorstellung sein. Zudem waren diese „Umbettungen“ aufgrund der damals fehlenden Zustimmung des Herkunftslandes der Verstorbenen wohl eindeutig völkerrechtswidrig! Aber anstatt diese Sachverhalte so zu benennen, wie sie sind, sprechen Senat, Landesarchäologie und Staatsarchiv euphemistisch von einem formal korrekt aufgelösten Friedhof und einer lediglich „unvollständigen Exhumierung“. Eine Entschuldigung an die Nachfahren der Opfer gerichtet, die mehr als angemessen wäre und eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, gibt es bis zum

heutigen Tag ebenfalls nicht.

Der Bremer Senat wird seiner historischen Verantwortung für diese Geschehnisse nicht gerecht! Uns ist bis heute keine vom Bremer Senat in Auftrag gegebene geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der Grambker Schleife bekannt! Alle bisherigen Beiträge zur Aufarbeitung wurden ausschließlich von Akteur:innen der Zivilgesellschaft geleistet. Zu nennen sind hier Peter Michael Meiners, Harry Winkel, das Bremer Friedensforum sowie die Bürgerinitiative Oslebshausen. Während der Bremer Senat zurecht die Aufarbeitung der Firmengeschichte von privatwirtschaftlichen Unternehmen wie Kühne und Nagel fordert, verweigert er dies für den eigenen Verantwortungsbereich. Dies kann und darf so nicht bleiben.